



Grußwort des Landesvorsitzenden

Sehr geehrte Mitglieder, liebe Mitstreiter,

wir erleben schwierige Zeiten. Die wirtschaftliche Konjunktur schwächt ab und viele Branchen blicken skeptisch auf die Zukunft. Es kommt damit mehr denn je auf uns als Mittelstands-Union an. Wir müssen deutlich machen: jetzt ist die Zeit zu handeln! Unsere Unternehmen brauchen bessere wirtschaftliche Rahmenbedingungen, und vor allem steuerliche Entlastungen sowie Raum für Zukunftsinvestitionen!

Lassen Sie uns darum nach der parlamentarischen Sommerpause gemeinsam kämpfen. Ich wünsche Ihnen einen erholsamen Sommer.

Ihr Franz Josef Pschierer

Termine:

23.09.2019, 15.30 Uhr:	MU-Landesvorstand (München)
27./28.09.2019:	MIT-Bundesmittelstandstag (Kassel)
05.10.2019, 10.00 Uhr:	MU-Wirtschaftsgespräche (München)
18./19.10.2019:	CSU-Parteitag (München)
22.10.2019, 15.00 Uhr:	MU-Landesvorstand (Amberg)
23.10.2019, 10.00 Uhr:	Landesversammlung (Amberg)
23.01.2020, 18.00 Uhr:	MU-Neujahrsempfang (München)

Die Zukunft der Arbeit aus Sicht der Arbeitsministerin

Beitrag von Frau Staatsministerin Kerstin Schreyer, MdL

Die Digitalisierung nicht als Bedrohungsszenario skizzieren, sondern als Chance: Das ist mein Appell. Die Digitalisierung ist dabei, unsere Arbeitswelt grundlegend zu verändern. Viele Unternehmer und Beschäftigte rätseln, wie die Arbeit der Zukunft aussieht. Wird die Technik den Menschen ersetzen? Wo bleibt mein mittelständischer Betrieb, wenn die Digitalisierung ganze Geschäftszweige revolutioniert?

Trotz aller Befürchtungen: Die Digitalisierung ist vor allem eine enorme Chance und ein wichtiger Impulsgeber für die Arbeitswelt. Wir haben den Anspruch, die selbstbewussten Gestalter unserer Arbeitswelt zu bleiben, und nicht von einer fortschreitenden Technologisierung getrieben zu werden. Wir müssen deshalb jetzt die richtigen Rahmenbedingungen schaffen, damit die Digitalisierung dem Menschen dient, und nicht umgekehrt.

Und das tun wir: Um den Anpassungs- und Qualifizierungsdruck der Beschäftigten und Unternehmen insgesamt aufzufangen, hat die Staatsregierung ein Bündel an Maßnahmen entwickelt. 2018 haben wir mit der Wirtschaft, der Arbeitsverwaltung und den Gewerkschaften den Pakt für berufliche Weiterbildung 4.0 unterzeichnet. Damit stärken wir das lebenslange Lernen. Wir haben bereits Weiterbildungsinitiatoren in allen Regierungsbezirken eingerichtet. Als nächstes kommen die Weiterbildungsschecks. Mit bis zu 500 Euro werden wir Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in kleinen und mittleren Unternehmen unterstützen, wenn sie sich weiterbilden wollen. Wir haben zudem den bayerischen Arbeitsmarktfonds und die Maßnahmen des Europäischen Sozialfonds an die neuen Herausforderungen angepasst. Wir unterstützen auch eine bessere Vernetzung von Wissenschaft und Praxis im Hinblick auf die zukünftige Organisation von Arbeit, digitale Kompetenzvermittlung und Weiterqualifizierung im Zeichen der Digitalisierung. Dafür haben wir die Themenplattform Arbeitswelt 4.0 beim Zentrum Digitalisierung.Bayern eingerichtet.

Unternehmen nicht belasten, sondern ihnen helfen, die digitale Transformation zu meistern: Das ist unser Ansatz. Damit den Unternehmen wertvolle Fachkräfte erhalten bleiben und den Beschäftigten zukunftsfähige Arbeitsplätze.



MU-Sommerempfang: Mittelstand als Motor der Bayerischen Wirtschaft

Am 19.07.2019 fand der diesjährige Sommerempfang der Mittelstands-Union in Ansbach statt. Gastgeber war in diesem Jahr der langjährige Ehrenvorsitzende und ehemalige Landtagsabgeordnete Klaus Dieter Breitschwert, der über 200 Gäste in seinem Autohaus empfangen durfte.

Ehrengast und Hauptredner des gelungenen Abends, Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, lobte das Engagement und den Mut der bayerischen Unternehmer und führte aus, dass der Kern der guten wirtschaftlichen Situation im Freistaat der starke und erfolgreiche Mittelstand ist.



Wichtig sei es, so Herrmann, dass die CSU sich weiterhin mit Sachverstand und alltagstauglichen Innovationskonzepten positioniere. Dies fange beim Einsatz für eine angemessene Besteuerung an und setze sich durch eine pragmatische Klimapolitik, die im besten Fall die deutsche Konjunktur nicht belastet, fort.

Auch der stellvertretende Generalsekretär der CSU, Florian Hahn, lobte den Einsatz der bayerischen Mittelständler. Weiterhin führte er aus, dass man das Vertrauen der Wähler nach den jüngsten Entscheidungen in der Personaldebatte in der Europäischen Union nur durch eine strukturierte und bürgernahe Politik zurückgewinnen könne.



Franz Josef Pschierer MdL, der amtierende Landesvorsitzende der Mittelstands-Union, berichtete den Gästen von den aktuellen wirtschaftspolitischen Geschehnissen in Land und Bund. Insbesondere hob er die Bedeutung der anstehenden Steuerreformen und den konkreten Einfluss der MU als wahre Vertreter des Mittelstandes in der Debatte hervor.

Besonderer Höhepunkt des diesjährigen Sommerempfangs war die Ehrung des verdienten und langjährigen MU-Vorsitzenden Dr. h.c. Hans Michelbach zum Ehrenvorsitzenden der Mittelstands-Union. Michelbach, der im Dezember nach 18 Jahren den Vorsitz abgegeben hatte, sei wie kein anderer Politiker mit dem Begriff Mittelstand verbunden, so Pschierer in seiner Laudatio.



Weitere Bilder finden Sie auf unserer [Website](#) oder auf [Facebook](#).

Aus dem Landesvorstand

In seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause beschäftigte sich der Landesvorstand mit verschiedenen Anträgen aus den Fachausschüssen:

- [Positionspapier Ladenöffnungszeiten](#)
- [Einführung eines einheitlichen Arbeitsrechtes \(Arbeitsgesetzbuch\)](#)
- [Nachhaltiges Finanzwesen: Stabilitätsorientierte Finanzmarktregulierung beibehalten und Ökobürokratie vermeiden](#)
- [GEZ-Gebühr: kein Erhöhungsautomatismus! Transparenz und Reform der Rundfunkanstalten.](#)

Aus dem EU-Parlament



Die Wahl der neuen EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen hat uns in den vergangenen Wochen intensiv beschäftigt. Die Art und Weise, auf welche die Nominierung von der Leyens durch die Staats- und Regierungschefs erfolgte, kann uns als Abgeordnete nicht zufriedenstellen. Durch dieses Vorgehen besteht die Gefahr, dass im Europäischen Rat erneut Versuche unternommen werden, um die Mitwirkungsrechte des Europäischen Parlaments wieder einzuschränken. Damit würden die Erfolge der letzten Jahre rückabgewickelt werden.

Trotz umfangreicher Verhandlungen und Zugeständnisse haben Sozialdemokraten und Liberale aus egoistischen und parteipolitischen Motiven taktiert. Hierdurch haben das Ansehen in der Öffentlichkeit und die Einflussmöglichkeiten des Parlaments großen Schaden genommen. Am Ende war der Personalvorschlag Ursula von der Leyen nicht der, den wir uns gewünscht hätten, aber einer, mit dem wir umgehen mussten. Unser Spitzenkandidat Manfred Weber hat uns gebeten, Frau von der Leyen zu unterstützen.

Am Ende wurde Ursula von der Leyen mit knapper Mehrheit gewählt. Ich habe meine Unzufriedenheit mit diesem Vorgang in den letzten Wochen nicht verborgen und tue es auch jetzt nicht. Neben der Art und Weise, wie diese Entscheidung zu Stande gekommen ist, sehe ich auch einige inhaltlichen Punkte ihres Programms kritisch - ich habe der neuen Kommissionspräsidentin nahegelegt, sich in kontinuierlichen, engen Austausch mit uns Abgeordneten des Europäischen Parlaments zu begeben. Denn auch wenn wir den Spitzenkandidatenprozess diesmal nicht durchsetzen konnten: Das Europäische Parlament ist die Stimme der Bürger, die gehört werden muss.

Wirtschafts- und Währungsunion zur Stabilitätsunion machen

In jedem Fall stehen für die neue Europäische Kommission unter Führung von Ursula von der Leyen große Herausforderungen an. So muss die Wirtschafts- und Währungsunion auf ein solideres Fundament gestellt werden. Es kann nicht sein, dass sich beim Stabilitäts- und Wachstumspakt Regelverstoß an Regelverstoß reiht und die Verfahren für Sanktionen so kompliziert sind, dass sie wie im Fall von Italien nie zu Ende geführt werden. Wir müssen zu einer stringenteren Anwendung der europäischen Defizitregeln kommen.

Verkehrsblockade in Tirol schadet Mittelstand

Wenn Europa weiter zusammenwachsen soll, ist auch eine gemeinsame Abstimmung der europäischen Verkehrspolitik zwischen den EU-Mitgliedsstaaten unbedingt notwendig. Vor diesem Hintergrund ist die einseitige Verkehrsblockade in Tirol und Salzburg durch immer neue Fahrverbote für Lkw und Pkw, oder den permanenten Einsatz von Ausnahmemassnahmen wie der Blockabfertigung, nicht zu akzeptieren. De facto wird die Handelsroute zwischen Deutschland und Italien gekappt. Für den bayerischen Mittelstand entstehen hierdurch große wirtschaftliche Schäden, die wir nicht widerspruchlos hinnehmen dürfen.

CO2-Steuer: Mobilität darf kein Luxusgut werden

Eine weitere Herausforderung ist die aktuelle Diskussion von Klimaschutzmaßnahmen wie beispielsweise der CO2-Steuer. Mobilität darf kein Luxusgut werden. Fortbewegung durch immer neue Steuern einfach teurer zu machen ist keine Lösung, sondern schafft ein soziales Problem. Wir brauchen saubere, aber auch leistbare Verkehrsmittel. Vor allem für die ländlich geprägten Regionen, in denen Menschen jeden Tag auf dem Weg zur Arbeit größere Entfernungen zurücklegen müssen, ist ein sozialverträgliches und gesellschaftlich tragfähiges Konzept notwendig.

Ihr

Markus Ferber, MdEP

Lesen Sie auch:

[BR Rundschau: Markus Ferber zur Kommissionskandidatin](#)

[Markus Ferber übernimmt Schlüsselposition im Ausschuss für Wirtschaft und Währung](#)

[Zukunft der WWU: Stabilität und Wettbewerbsfähigkeit als Leitmotiv](#)

Aus dem Bundestag



„Die notwendige Reform der Grundsteuer wurde in der letzten Sitzungswoche eingebracht. Drei Punkte sind und waren uns hier besonders wichtig. Erstens muss diese wichtige Einnahmequelle von Städten und Gemeinden gesichert werden. Zweitens darf die Reform Grundstückseigentümer und Mieter, aber auch Gewerbe und Landwirtschaft, nicht belasten. Und drittens wollen wir zusätzliche Bürokratie vermeiden. Es ist daher ein großer Erfolg der CSU, dass die sogenannte Länderöffnungsklausel passgenaue Lösungen ermöglicht, die den Föderalismus stärken. In Bayern können wir damit ein einfaches, wertunabhängiges Grundsteuermodell beschließen, das den regionalen Besonderheiten gerecht wird. Hier haben wir uns erfolgreich durchgesetzt! An diese Erfolge wollen wir in der zweiten Jahreshälfte anschließen.

Das gilt auch für den Kabinettsausschuss Klimaschutz, der sich derzeit mit möglichen Modellen für eine Bepreisung von CO₂-Emissionen beschäftigt. In dieser Diskussion sprechen wir uns ganz klar gegen eine neue CO₂-Steuer aus, die Unternehmerinnen und Unternehmer genauso wie die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land weiter und über Gebühr belasten würde. Eine derartige Verbots- und Einschränkungspolitik ist mit uns nicht zu machen. Vielmehr wollen wir Anreize setzen und Innovationen fördern, um den CO₂-Ausstoß in Deutschland zu senken. Für uns gilt hier ganz klar: CO₂ senken heißt Steuern senken.

Bei näherer Betrachtung gibt es schon heute eine Art von CO₂-Bepreisung. Alleine über den Straßenverkehr nimmt der Bund mehr als 50 Milliarden Euro ein. Deshalb sollten wir zunächst existierende Steuern und Abgaben für Energieträger auf ihre Klimawirkungen hin überprüfen. Bei der Weiterentwicklung von einer CO₂-Bepreisung müssen wir dann gründlich sein, statt Schnellschüsse zu produzieren. Vor allem müssen wir mit unseren europäischen Partnern eine international abgestimmte Lösung anstreben. Nationale Alleingänge und die Erhöhung der Steuerlast führen uns nicht weiter. Genauso lösen wir diese große Herausforderung nur mit der Wirtschaft und nicht gegen sie. Nur so kann Deutschland auch in Zukunft eine Vorreiterrolle einnehmen.

Mit diesem Grundgedanken, in Zukunft international wettbewerbsfähig zu bleiben, haben wir auch die Gesprächsreihe "Modernisierung des Unternehmenssteuerrechts in Deutschland" initiiert. Auf Basis des gleichnamigen Impulspapiers der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion haben wir drei Fachdiskussionen mit den unterschiedlichen Akteuren aus Wirtschaft, Verwaltung und Praxis geführt. Die sich aus den Diskussionen, auch im MU-Fachausschuss Steuern und Haushalt am 28. Mai 2019, ergebenden Handlungsalternativen und die Ergebnisse möchten wir nun im Rahmen des Kongresses in einem großem Umfang im Herbst präsentieren und die hieraus resultierenden weiteren Lösungsmöglichkeiten darstellen und herausarbeiten. Hier würde wir uns freuen, viele Mitglieder der Mittelstandsunion in Berlin zu begrüßen.

Ihre Bundestagsabgeordneten

Sebastian Brehm, MdB

Alois Rainer, MdB

Lesen Sie auch:

[Stromsteuerbefreiungen werden zukunftssicher geregelt](#)
[Ausgaben überprüfen und Einnahmen sichern](#)

Aus dem Bayerischen Landtag



Eine unserer drängendsten Fragen ist derzeit, wie wir die Energiewende weiter vorantreiben und unsere Klimaschutzziele erreichen können. Hier besteht dringender Handlungsbedarf. Eine CO₂-Steuer im nationalen Alleingang führt zu schweren sozialen und wirtschaftlichen Verwerfungen und trifft vor allem Mieter, Pendler, kleine Familienbetriebe und Menschen mit geringen Einkommen in Deutschland. Insbesondere Menschen und Unternehmen, gerade im ländlichen Bereich, würden am Ende draufzahlen. Deshalb lehnen wir als CSU-Landtagsfraktion eine CO₂-Steuer ab. Steuerliche Entlastungen und Anreize zur CO₂-Vermeidung sind der richtige Weg. Zudem setzt sich die CSU-Landtagsfraktion für die Ausweitung des europäischen Emissionshandels ein und unterstützt Initiativen des Bundes für eine international koordinierte Einführung eines CO₂-Preises.

Um die Energiewende voranzutreiben und die Klimaschutzziele zu erreichen, besteht dringender Handlungsbedarf. Im Vordergrund muss jedoch ein besonnenes und ordnungspolitisch stimmiges Anreizsystem zur CO₂-Reduzierung stehen. Ein Baustein kann auch eine angemessene und aufkommensneutrale CO₂-Bepreisung sein. Diese müsste jedoch global ausgerichtet sein, zumindest auf G20-Ebene.

Deutschland braucht ein energie- und klimapolitisches Gesamtkonzept, das nicht die Ideologie in den Vordergrund stellt, sondern Ökonomie und Ökologie vereint – und dabei die Rahmenbedingungen des Wirtschaftsstandorts Deutschland berücksichtigt. Technologieoffenheit ist hierfür Grundvoraussetzung. Es sei bereits heute festzustellen, dass schon jetzt eine schleichende Deindustrialisierung aufgrund der teuersten Stromkosten in Europa und einer immer fragiler werdenden Versorgungssicherheit stattfindet. Jeder will das Klima schützen, aber mit einer ideologischen Darstellung der Dinge wird unsere Gesellschaft in ‚arm und reich‘, ‚Stadt und Land‘ und in ‚Gut und Böse‘ gespalten – so erreicht man mit Sicherheit keine Klimaziele, ganz im Gegenteil.

Einen weiteren wichtigen Schritt hat die CSU-Landtagsfraktion in Sachen Bürokratieabbau für Arbeitgeber getätigt. Schickt ein Arbeitgeber einen Mitarbeiter innerhalb der EU auf Geschäftsreise, muss er dafür eine sogenannte A1-Bescheinigung beantragen. Sie gilt als Nachweis, dass der Arbeitnehmer den deutschen Sozialversicherungsvorschriften unterliegt. Die A1-Bescheinigung muss auch bei Dienstreisen ins Ausland mitgeführt werden, selbst wenn sie nur wenige Minuten dauern. Mit unserem Antrag setzen wir uns dafür ein, dass dies für normale Dienstreisen geändert und damit Unternehmer und Beschäftigte von Bürokratie entlastet wird.

Mit freundlichen Grüßen

Sandro Kirchner, MdL

Vorsitzender Ausschuss für Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

Pressemeldungen der MU und der MIT:

- [Transparenzregister: MIT mahnt Verhältnismäßigkeit an](#)
- [Linnemann: Abbau der kalten Progression zeigt Wirkung](#)
- [MIT erreicht deutliche Erleichterungen beim Datenschutz](#)
- [Flächenverbrauch: Anreize statt Verbote!](#)
- [Europawahl: „Keine Sternstunde für die Parlamentarier!“](#)
- [Keine Verbesserungen bei Minijobs](#)

Impressum:

Herausgeber: Mittelstands-Union, Arbeitsgemeinschaft der Christlich-Sozialen Union e.V.
Vertreten durch den Landesgeschäftsführer Dipl. sc. pol. univ. Alexander Gropp
CSU-Landesleitung
Mies-van-der-Rohe Str. 1, 80807 München
mu-news@mu-bayern.de
www.mu-bayern.de
www.facebook.com/mittelstandsunion